

Schwarzarbeit: bedrohliche Konkurrenz

Durch Schwarzarbeit gehen dem Münchner und oberbayerischen Handwerk etwa 17 % ihres Umsatzes verloren, hochgerechnet sind dies über 9,5 Milliarden DM im Jahr allein in München und Oberbayern. Dies ist eines der Ergebnisse einer aktuellen Umfrage der Handwerkskammer für München und Oberbayern zum Thema „Wachsende Schwarzarbeit“.

Danach stellt die Schwarzarbeit für mehr als zwei Drittel (68 %) der befragten oberbayerischen Handwerksmeister eine ernsthafte Konkurrenz dar. Hauptbetroffene sind hierbei das Holzgewerbe und die Bau- und Ausbauberufe. 84 % der Befragten äußerten sich, daß der Konkurrenzdruck durch die Schwarzarbeiter in den letzten Jahren stetig zugenommen hat.

Als Hauptursache für das Anwachsen der Schwarzarbeit sehen die Handwerker die zu hohe Belastung der ehrlichen Arbeit. 77 % der Befragten fordern daher eine Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung, 79 % den Abbau der Lohnzusatzkosten. Große Bedeutung messen die Handwerker auch der Korrektur verfehlter arbeitsrechtlicher Bestimmungen bei: 56 % wollen, daß die Neuregelung der 630-Mark-Jobs zurückgenommen wird und 54 % treten für die Eindämmung der Schwarzarbeit durch Arbeitslose ein. Auch bei der direkten Bekämpfung der Schwarzarbeit sollte nach Meinung der Handwerksmeister der Hebel angesetzt werden. 44 % verlangen häufigere und strengere Vor-Ort-Kontrollen und 41 % eine Verschärfung des Schwarzarbeitergesetzes. Steuerliche Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von Handwerksleistungen werden ebenfalls als wichtig angesehen: 41 % der Befragten schlagen die Abzugsfähigkeit der Handwerkerrechnungen für Private und 37 % einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Handwerksleistungen vor.

Handwerkskammerpräsident Heinrich Traublinger, MdL, erklärt angesichts solcher Zahlen, daß die viel zu hohe Abgaben- und Steuerbelastung sowie die überbordenden Lohnzusatzkosten endlich zurückgefahren werden müssen, um ehrliche Handwerksarbeit wettbewerbsfähig zu halten. Traublinger: „Es kann doch nicht sein, daß

rungsentwurf auch besonders, daß sich die Betriebsaufgabe für Unternehmen, die sich für die Körperschaftssteuer entschieden haben, wesentlich günstiger darstellt als für Personenunternehmen. Das Handwerk verlangt deshalb, wie in dem Unionskonzept vorgesehen, wieder den halben Steuersatz für Veräußerungs- und Aufgabengewinne

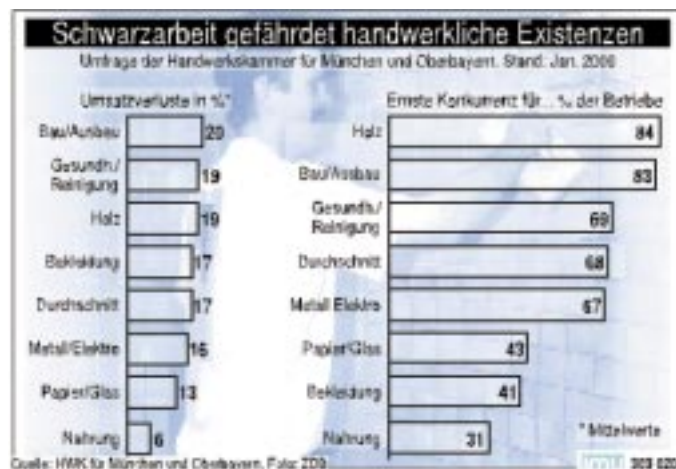


Bild: IHK München/Oberbayern

ein Handwerksgehilfe rein rechnerisch fünf bis sechs Stunden arbeiten muß, um sich eine seiner eigenen Handwerksstunden leisten zu können“.

Traublinger wendet sich in diesem Zusammenhang gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform der Unternehmensbesteuerung und zur Senkung der Steuersätze. Traublinger betont, dieser Entwurf gehe vollkommen an der Tatsache vorbei, daß 85 % der Handwerksunternehmen Personenbetriebe seien. Der Regierungsentwurf aber setze bei den Kapitalgesellschaften an. Die im Regierungsentwurf vorgeschlagene Optionsmöglichkeit zur Besteuerung mit Körperschaften sei für die Handwerksbetriebe schlichtweg untauglich. Der damit verbundene bürokratische Mehraufwand wäre von einem durchschnittlichen Handwerksbetrieb kaum zu bewältigen. Weit besser wäre den Personenunternehmen geholfen, so der Handwerkskammerpräsident, wenn der Spitzensteuersatz und somit der Steuertarif bei der Einkommensteuer merklich gesenkt würde. Das Handwerk störe an dem Regie-

bei Einhaltung bestimmter Voraussetzungen einzuführen.

Um die Lohnzusatzkosten nicht weiter emporschnellen zu lassen, lehnt das Handwerk die Rente mit 60 entschieden ab. Tariffonds zur Finanzierung einer solchen Rente führten zu einer weiteren Erhöhung der Lohnsatz- und Arbeitskosten sowie zu noch mehr Bürokratie, so der Handwerkskammerpräsident. Um die gesetzliche Rentenversicherung dauerhaft leistungsfähig und finanzierbar zu halten, gäbe es für das Handwerk nur einen einzigen Erfolg versprechenden Weg, erklärt Traublinger, die Stärkung der privaten Eigenvorsorge. Ergänzend zur privaten Eigenvorsorge sei auch ein Demographiefaktor vonnöten, der bei den künftigen Rentenanpassungen die steigende Lebenserwartung mit einbeziehe. Ein weiterer Eckpfeiler der anstehenden Rentenreform sei die Bereinigung von versicherungsfremden Leistungen. □